

Götz, Roland

Research Report

Rußland und seine Unternehmer: Der Fall Chodorkowskij

SWP-Aktuell, No. 45/2003

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Götz, Roland (2003) : Rußland und seine Unternehmer: Der Fall Chodorkowskij, SWP-Aktuell, No. 45/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254457>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rußland und seine Unternehmer

Der Fall Chodorkowskij

Roland Götz

Was bedeutet die Verhaftung des Ölmagnaten Michail Chodorkowskij, die Beschlagnahme seines Aktienanteils an der Ölgesellschaft Jukos und der damit in Zusammenhang stehende Rücktritt von Putins Stabschef Alexander Woloschin? Will man in Rußland nun die Phase des »wilden Kapitalismus« der neunziger Jahre rechtlich aufarbeiten? Oder ist ein Machtkampf zwischen den »Oligarchen« und den aus dem KGB stammenden Beratern des Präsidenten entbrannt? Haben Konkurrenten von Jukos das Vorgehen der Exekutive eingefädelt? Geht es um populistischen Stimmenfang im Vorfeld der Dumawahl im Dezember? Vermutlich erfassen diese und weitere Erklärungen Bruchstücke der Wahrheit, aber in der Summe unterstellen sie der Entwicklung womöglich fälschlich einen »Masterplan«. Es könnte sich bei den nun schon seit Monaten zu beobachtenden Aktionen auch um Prozesse handeln, die keiner der Beteiligten insgesamt geplant und bei denen niemand vorausgesehen hat, daß sie eine Veränderung des innenpolitischen Klimas in Rußland mit außenpolitischen Konsequenzen bewirken könnten.

Mit der Verhaftung Chodorkowskij geht für viele einfache Russen ein Wunschtraum in Erfüllung: Endlich wird einer derjenigen hinter Gitter gebracht, von denen sie sich beraubt glauben. Daß mit dem Jukos-Chef ein sehr erfolgreicher Unternehmer – zumindest vorübergehend – von der Bildfläche verschwindet, dessen Firma für ihre Transparenz gerühmt wird, kümmert sie nicht.

Die Firma Jukos und ihr Chef

Wie man auf der Jukos-Webseite (http://www.yukos.ru/files/4453/Yukos_GAAP_

2002_final.pdf) nachlesen kann, hat der in der Förderung und Verarbeitung von Erdöl tätige Konzern, an dem Chodorkowskij direkt und indirekt mit rund 50% beteiligt ist, 2002 bei einem Umsatz von 11,4 Mrd. US-Dollar nach internationalem Buchhaltungsstandard 3,8 Mrd. US-Dollar Gewinn erzielt, 746 Mio. US-Dollar Einkommensteuer bezahlt, 700 Mio. US-Dollar Dividenden ausgeschüttet und 2,4 Mrd. US-Dollar investiert. Der Marktwert des ehemaligen Staatsbetriebs, den Chodorkowskij 1995 von der finanziell angeschlagenen Regierung für rund 350 Mio. US-Dollar erworben hatte, war 2003 auf rund 30 Mrd.

Die größten russischen Unternehmen

Rang nach Umsatz	Firma	Branche	Umsatz 2002 (Mrd. US-\$)	Beschäftigte	Börsenwert zum 1.9.2003 (Mrd. US-\$)
1	Gasprom	Gas	19,6	296 000	28,2
2	Vereinigte Elektrizitätswerke (UES)	Strom	16,1	622 000	13,0
3	Lukoil	Öl, Gas	15,5	150 000	16,8
4	Jukos*	Öl, Gas	11,4	100 000	32,8
5	Surgutneftegas	Öl, Gas	6,4	98 000	15,5
6	Tjumener Ölgesellschaft (TNK)	Öl, Gas	6,1	81 000	5,9
7	Sibneft*	Öl, Gas	4,8	30 000	13,2
13	Rosneft**	Öl, Gas	2,7	59 000	–

* Jukos und Sibneft fusionierten im Oktober 2003 zu JukosSibneft.

** In Staatseigentum.

Quelle: Ekspert, < <http://www.expert.ru/expert/ratings/exp200/exp2003/soder.htm>>.

US-Dollar gestiegen. Großenteils ist das auf die Reorganisation des Unternehmens zurückzuführen, die Chodorkowskij durchgesetzt hat.

Jukos erfreute sich nicht nur bei Kapitalanlegern hoher Wertschätzung, die Firma tat sich auch durch eine Vielzahl gemeinnütziger Aktionen hervor, etwa durch die Ausstattung von Schulen mit Computern. Ihr Chef Chodorkowskij wurde 2002 von der Zeitung *Wedomosti* (Mitteilungen), die vom *Wall Street Journal* und der *Financial Times* herausgegeben wird, zum Unternehmer des Jahres gekürt.

Die von der Staatsanwaltschaft vorgelegte Liste der Verfehlungen Chodorkowskij reicht von Betrug über Steuerhinterziehung bis hin zur Veruntreuung. Insgesamt sei ein Schaden von einer Mrd. US-Dollar entstanden. Der erste Anklagepunkt betrifft die angeblich rechtswidrige Aneignung eines staatlichen Aktienanteils an der Mineräldüngerfirma »Apatit« im Jahr 1994 sowie mit Hilfe von Verrechnungspreisen beim Absatz von »Apatit«-Produkten in den Jahren 2000–2002 ins Ausland verschobene Gewinne. Der zweite Vorgang betrifft Steuervergünstigungen, die einem Jukos-Tochterunternehmen angeblich rechtswidrig gewährt wurden. Drittens wird Chodorkowskij vorgeworfen, 1998/99 Gewinne als Honorare für die Beratung aus-

ländischer Firmen deklariert und so Einkommensteuer hinterzogen zu haben. Chodorkowskij und sein bereits seit Juni in Untersuchungshaft sitzender Mitgesellschafter Platon Lebedjew bestreiten diese Vorwürfe.

Obwohl die Vorhaltungen der Justiz teilweise stichhaltig sein mögen, hat das Vorgehen gegen Jukos und Chodorkowskij mit Rechtsstaatlichkeit nicht viel zu tun. Denn es mutet fragwürdig an, wenn die russische Justiz sich ausgerechnet denjenigen »Oligarchen« herausgreift, der sich am deutlichsten politisch artikuliert hat.

Das neue Rußland und seine Herrscher

Im alten Griechenland nannte man die Herrschaftsform der geringen Zahl der Besitzenden »Herrschaft der wenigen«, »Oligarchie«. Rudolf Hilferding und Wladimir Lenin prägten im 20. Jahrhundert den Begriff der »Finanzoligarchie« für das Großkapital, das ihrer Meinung nach den Staat dirigierte und kontrollierte. Von ihnen übernahm der damalige Erste Stellvertretende Regierungschef Boris Nemzow 1997 den Terminus »Oligarchen«, der seither in der russischen Publizistik verwendet wird.

Dabei findet sich im heutigen Rußland, ebensowenig wie in allen anderen GUS-

Kurzporträts führender »Oligarchen«

► **Roman Arkadewitsch Abramowitsch**, geboren 1966 in Saratow. Ohne abgeschlossene Ausbildung. Beginn der geschäftlichen Tätigkeit Ende der achtziger Jahre. 1997 Mitglied der Direktorenrats der Ölgesellschaft Sibneft. 1999 Duma-Abgeordneter, 2000 Gouverneur von Tschukotien. Erwarb Aktienmehrheiten an der Ölfirma Sibneft und an der Aluminiumschmelze Russkij Aluminium, Minderheitsanteile bei Aeroflot und bei ORT (Russ. Fernsehen). Abramowitsch galt als Zögling Beresowskij's und wurde der Jelzin-»Familie« zugerechnet. 2003 verkaufte er fast seinen gesamten Aktienbesitz, wobei seine Sibneft-Anteile an Jukos und die Anteile an Russkij Aluminium an Deripaska gingen. Geschätztes Vermögen (nach Forbes-Liste): 5,7 Mrd. US-Dollar.

► **Jusufowitsch Wagit Alekperow**, geboren 1950 in Baku (Aserbajdschan). Ausbildung zum Bergbauingenieur. Seit 1974 Karriere in der aserbajdschanischen Erdölwirtschaft. 1990 stellvertretender Minister für Öl- und Gasindustrie der UdSSR. 1991 Mitglied der Leitung und 1993 Präsident der Ölfirma Lukoil, an der er angeblich maßgebend beteiligt ist. Geschätztes Vermögen: 1,3 Mrd. Dollar.

► **Michail Borisowitsch Chodorkowskij**, geboren 1963 in Moskau. Studium der Chemie und der Wirtschaftswissenschaften. Ab 1986 im sowjetischen Jugendverband tätig und Gründer verschiedener gewerblicher Organisationen. 1993 Gründung der Bank MENATEP. 1993 stellvertretender Minister für Brennstoffe und Energie. 1998 Vorstandsvorsitzender der Ölfirma Jukos. Legte nach seiner Verhaftung 2003 die Unternehmensleitung nieder. Geschätztes Vermögen: 8 Mrd. Dollar.

► **Oleg Wladimirowitsch Deripaska**, geboren 1968 in Dzerschinsk im Gebiet Gorkij (heute Nishnij Nowgorod). Studium der Physik. 1990–1992 Angestellter in der Wertpapierabteilung der Staatsbank und verschiedener Handelsgesellschaften. Ab 1992 in Unternehmen der Aluminiumindustrie und Metallurgie tätig. 2002 Gründer des Konzerns »Basis-element«, der Metall- und Maschinenbaufabriken umfaßt.

Geschätztes Vermögen: 1,5 Mrd. Dollar.

► **Michail Maratowitsch Fridman**, geboren 1964 in Lwiw (Ukraine). Ausbildung zum Ingenieur. 1988 Gründung einer Fensterputz-Kooperative. Ab 1990 im Bankgewerbe tätig. Seit 1998 Vorstandsvorsitzender der Alpha-Bank. Geschätztes Vermögen: 4,3 Mrd. Dollar.

► **Wladimir Olegowitsch Potanin**, geboren 1961 in Moskau. Ausbildung an der Wirtschaftsfakultät des Moskauer Staatsinstituts für internationale Beziehungen. 1983–1990 Angestellter im Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR. Ab 1990 Gründung von Holdings und Banken, darunter der Firma Interros und der Oneksim-Bank. 1996/97 erster stellvertretender Ministerpräsident. Erwerb der Ölfirma Sidanko (ging später an die Alpha-Gruppe) und des Bergbaukonzerns Norilsk Nickel.

Geschätztes Vermögen: 1,8 Mrd. Dollar.

► **Viktor Wexselberg**, geboren 1957 in der Gegend von Lwiw (Ukraine). Ausbildung zum Ingenieur. 1991 Gründung der Holding Renova zusammen mit Leonid Blawatnik, der in den USA Access Industries gründete. Access Industries/Renova erwarb Aluminiumwerke im Ural und in Sibirien. Ab 1997 Einstieg in die Erdölwirtschaft. Erwerb von Anteilen an der Tjumener Erdölgesellschaft (TNK) zusammen mit Fridmans Alpha-Gruppe. Diese Anteile wurden 2003 in die neue TNK-BP eingebracht.

Geschätztes Vermögen: 2,5 Mrd. Dollar.

Staaten, keine Oligarchie im Sinne Hilferdings oder Lenins. Rußland ist eher ein von Bürokratieclans regierter Staat. Den verschiedenen administrativen Clanstrukturen werden allerdings mehr oder weniger enge Verbindungen zu bestimmten Wirtschaftsgruppen nachgesagt.

Die in Rußland als »Oligarchen« bezeichneten Bankiers und Großunternehmer der »ersten Stunde« haben den Umbruch, den das neue Rußland seit Anfang der neunziger Jahre durchlebt, zu ihrem Vorteil genutzt und dabei wenig Skrupel gezeigt. Viele der schwächeren Konkurrenten blieben dabei ökonomisch, einzelne auch physisch auf der Strecke. Die Oligarchen bewiesen gleichzeitig aber auch viel Wagemut, wenn sie ihr neu erworbenes Kapital in marode russische Staatsbetriebe investierten. Schließlich gab es keine Garantie dafür, daß ihre Erwerbungen nicht bald wieder nationalisiert würden, wie es bis zur Wiederwahl Jelzins 1996 durchaus möglich gewesen wäre.

In historischer Perspektive haben Chodorkowskij und seine Kollegen das getan, was Karl Marx die »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« nannte: Sie häuften die 1917 konfiszierten großen Privatvermögen in Rußland erneut an. Darüber hinaus erfüllten sie geradezu eine weltpolitische Funktion, die sehr im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft lag. Sie demolierten, angeleitet von westlichen Beratern und in Kooperation mit den zu Miteigentümern mutierten Parteifunktionären, die ökonomische Basis der ehemaligen Staatswirtschaft und machten damit die marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung in Rußland unumkehrbar. Der »Architekt« der russischen Privatisierung, Anatolij Tschubaj, räumte das in einem Gespräch mit der Wirtschaftszeitschrift *Expert* freimütig ein: Bei der Privatisierung Anfang der neunziger Jahre sei es zu 95% um Politik und nur zu 5% um Wirtschaft gegangen.

Heute jedoch sind die von den kleinen und großen »Oligarchen« kontrollierten russischen Unternehmen unverzichtbare

Fundamente der russischen Wirtschaft und Träger des technologischen wie organisatorischen Fortschritts geworden. Vor allem dort werden moderne Managementmethoden angewandt, auch Ausländer beschäftigt und für russische Verhältnisse gute Löhne und Gehälter bezahlt. Die Kleinunternehmen dagegen werden immer noch von der Bürokratie einerseits, dem organisierten Verbrechen andererseits in die Zange genommen.

Chodorkowskij wäre wohl wie die anderen Neureichen von den aus Geheimdienstkreisen stammenden Amtsträgern im Umfeld Putins unbehelligt geblieben, wenn er mit ihnen kooperiert hätte. Der Jukos-Chef brach jedoch wissentlich und wahrscheinlich nicht ohne Hintergedanken den ungeschriebenen Pakt zwischen dem Kreml und den Wirtschaftseliten, wonach sich die Wirtschaft aus der großen Politik fernzuhalten habe und die Politik im Gegenzug keine Revision der Privatisierung der neunziger Jahre anstrebte. Entgegen der auch von Putin vertretenen Auffassung, daß sich die Wirtschaft aus der Politik heraushalten solle, sieht Chodorkowskij die Lobbyistentätigkeit der Unternehmer als legitime Möglichkeit der Beeinflussung der politischen Willensbildung an.

Vielleicht noch schwerer wog, daß Chodorkowskij, ohne vorher bei der Regierung um Erlaubnis zu bitten, ein großes Jukos-Aktienpaket an ExxonMobil verkaufen wollte. Ein derartiges Vorhaben wird in weiten Kreisen der politischen Klasse Rußlands als Schädigung nationaler Interessen verstanden. Denn obwohl man ausländisches Kapital begrüßt, will man ihm zumindest in wichtigen Wirtschaftsbereichen keinen bestimmenden Einfluß zugestehen. Die vorausgegangene Fusion der russischen Ölkativa von BP mit der Tjumener Ölgesellschaft (TNK) war dagegen ein mit der russischen Regierung ausgehandeltes und abgestimmtes Projekt gewesen.

Ein Komplott der Politikberater oder der Oligarchen?

Im Juni 2002 hatte eine Gruppe von rund 20 Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern einen Zirkel gebildet, der sich den Namen »Rat für nationale Strategie« gab. Die Gruppe, die von dem Politikberater Stanislaw Belkowskij geleitet wurde, verfaßte mehrere Studien, die im Internet und in einer auf kompromittierende Publikationen spezialisierten Zeitschrift veröffentlicht wurden. Aufsehen erregte ihre Schrift mit dem Titel »Der Staat und die Oligarchie«, die gekürzt am 25. Juni 2003 in der rechten Zeitung *Sawtra* (Der Morgen) erschien. Darin wird vor einer bevorstehenden Machtergreifung durch Gruppierungen von Oligarchen gewarnt. Diese planten angeblich die Errichtung eines Oligarchenrats in Rußland nach dem Vorbild der venezianischen Republik. Dies gelte es zu verhindern. Die russischen Oligarchen, die namentlich aufgelistet werden – mit Chodorkowskij an der Spitze – werden als prinzipiell antinational dargestellt. Als Beweis dafür werden die Offshore-Firmen angeführt, die einige der großen russischen Aktiengesellschaften kontrollieren, sowie die Fusionsvorgänge mit ausländischer Beteiligung im russischen Erdölsektor. Es fehlt auch nicht der Hinweis, daß die Familien der meisten russischen Oligarchen im Ausland leben.

Ähnliche Verschwörungstheorien finden sich in Rußland allenthalben. Diese aber kam »zur rechten Zeit« oder wurde sogar »bestellt«. Die seriöse *Iswestija* weiß jedenfalls zu berichten, daß die Studie Präsident Putin »untergeschoben« und von ihm durchaus ernst genommen wurde. Kurz nach ihrer Veröffentlichung erfolgten die ersten Verhaftungen im Fall Jukos.

Die Aktionen gegen Jukos hatten aber auch ein Vorspiel in einem Streit zwischen Jukos bzw. Chodorkowskij und der staatlichen Ölgesellschaft Rosneft und deren Präsidenten Sergei Bogdantschikow. Rosneft stellt als wenig effizienter Staatsbetrieb nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ein Gegenbild zu Jukos dar. Hinzu

kommt, daß die Gesellschaft die Kremlpartei »Einiges Rußland« und die mit ihr liierte »Volkspartei« unterstützt. Die vor allem auf Sachalin und in Tschetschenien tätige Rosneft war zuletzt in die Schlagzeilen geraten, als sie die »Nördliche Ölgesellschaft« (Sewernaja Neft) zu einem überhöhten Preis von dem ehemaligen Finanzminister Andrej Wawilow gekauft hatte. Man mutmaßte, daß sich bei dem Geschäft auch Angehörige der bürokratischen Elite bedient hatten. Chodorkowskij hatte das Thema auf einem Treffen des Industriellen- und Unternehmerverbandes mit Putin am 19. Februar 2003 zur Sprache gebracht und war vom verärgerten Staatspräsidenten mit der Bemerkung abgefertigt worden, daß man ja auch einmal fragen könne, wie Jukos zu seinen Öllizenzen gekommen sei.

Jukos hat sich auch dadurch beim Präsidenten und der von ihm präferierten Bürokratenpartei »Einiges Rußland« unbeliebt gemacht, daß das Unternehmen die Oppositionsparteien einschließlich der Kommunisten mit Parteispenden bedachte und angeblich sogar Abgeordnete »gekauft« hat. Chodorkowskij soll tatsächlich besorgt über die Aussicht gewesen sein, daß die »Partei der Macht« bei der Dumawahl 2003 eine Zwei-Drittel-Mehrheit gewinnen, die Verfassung ändern und dem amtierenden Präsidenten eine dritte Amtszeit spendieren könnte.

Chodorkowskij als Nachfolger Putins?

Chodorkowskij hat die Grenzen überschritten, die im heutigen Rußland der Gesellschaft und dem Unternehmertum gezogen sind. Mit seiner wiederholt öffentlich vortragenen Kritik an Korruption in den oberen Etagen der Bürokratie hat er sich deutlich als Gegenfigur zum amtierenden Präsidenten positioniert. Eine solche Positionierung ist jedoch nur chancenlos. Außenseitern wie Jabloko-Chef Jawlinskij oder dem inzwischen zahm gewordenen Kommunistenchef Sjuganow erlaubt. Aber

nicht jemandem, der wegen seiner finanziellen Mittel zu einer ernsthaften Konkurrenz für den von Putin ausersehenen Nachfolger im Amt des Präsidenten werden könnte, über den 2008 entschieden wird. Ob Chodorkowskij wegen seiner jüdischen Herkunft in Rußland überhaupt Chancen hätte, gewählt zu werden, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Die Machtbalance im Kreml

Die kurzfristigen Auswirkungen der Auseinandersetzung um Jukos werden sich vermutlich in Grenzen halten. Dies auch deshalb, weil Putin, und das spricht gegen einen mutmaßlichen »Putsch der Geheimdienstler«, durch die Ernennung des besonnenen Juristen Dmitrij Medwedjew als Nachfolger des zurückgetretenen Leiters der Präsidentialadministration, Alexander Woloschin, die Machtbalance im Kreml wieder austarieren konnte.

Mit dem Rücktritt Woloschins ist der Einfluß der Vertreter der Jelzinschen »Familie« auf die russische Politik gravierend geschwächt worden. Die »graue Eminenz« hinter Jelzin hatte 1999 den Übergang von der Ära Jelzin zur Ära Putin federführend organisiert und die Administration des Präsidenten zur eigentlichen Zentralregierung Rußlands gemacht. Woloschin verdankte Putin auch den geräuschlosen Ausbau der »Machtvertikale« bis in die Provinzen, das Zurückstutzen der Macht von Duma und Föderationsrat sowie die Etablierung der die Duma beherrschenden »Partei der Macht« (Einiges Rußland). Allerdings galt Woloschin auch als »Beschützer« des Großkapitals, und in dieser Eigenschaft mußte er in der Affäre Jukos in Konflikt mit Putin geraten. Sein Rücktritt als Chef der Präsidentialadministration kommt dem Rücktritt eines Regierungschefs gleich. Sein Weggang wird nicht dadurch ausgeglichen, daß der eigentliche Premierminister Michail Kasjanow, der ebenfalls der Jelzinschen »Familie« zugerechnet wird, im Amt bleibt – wenn auch vermutlich nur noch bis zur Präsidentschaftswahl im März 2004.

Vielfach wurde die Befürchtung laut, daß Woloschins Rücktritt den Sieg der »Geheimdienstler« um Putin bedeuten könnte. Die »Tschekisten« (von *Tscheke*, der Abkürzung des russischen Worts für »Außerordentliche Kommission«, so die Bezeichnung der Geheimpolizei 1917–1921) waren seit Putins Amtsantritt in großer Zahl in die Schaltstellen der obersten Staatsorgane eingezogen. Mittlerweile haben sie dort fast 60% aller leitenden Positionen inne, wie die russische Soziologin Olga Kryschtanowskaja ermittelt hat.

Als führende Köpfe der »Tschekisten« gelten Wiktor Iwanow und Igor Setschin. Wiktor Iwanow, vormals Kollege Putins beim Leningrader KGB, leitete in St. Petersburg die Sicherheitsdienste, als Putin dort in den neunziger Jahren stellvertretender Bürgermeister war. Unter Putin wurde Iwanow einer der Stellvertreter des Leiters der Präsidentialadministration. Dort ist er zuständig für Personalfragen und hat damit eine Schlüsselposition inne.

Igor Setschin, in der St. Petersburger Zeit ebenfalls ein enger Weggefährte Putins mit Geheimdiensthintergrund, wurde von Putin zum Leiter seiner Kanzlei und wie Iwanow zu einem der Stellvertreter des Leiters der Präsidentialadministration ernannt. Er berät Putin ebenfalls in Personalfragen.

Nachfolger Woloschins wurde jedoch keiner der beiden »starken Männer« aus der Tschekisten-Fraktion, sondern der Erste Stellvertreter Woloschins, Dmitrij Medwedjew. Er wird den »Petersburger Juristen« zugerechnet – ehemaligen Jurastudenten aus St. Petersburg ohne geheimdienstlichen Hintergrund. Medwedjews Erster Stellvertreter wiederum wurde ein weiterer »Petersburger Jurist«, Dmitrij Kosak. Beide verbindet mit Putin eine lange persönliche und berufliche Beziehung aus der St. Petersburger Zeit.

Neu aufgerückt in die Gruppe der Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration ist ein weiterer Jurist, Igor Schuwalow. Dieser leitete, vom Regierungsapparat kommend, eine Arbeitsgruppe zur Erledigung der Aufgaben, die in den Präsi-

dentembotschaften an die Föderalversammlung enthalten sind. Er soll nun die Wirtschaftspolitik der Regierung und damit die Tätigkeit des Premierministers Kasjanow kontrollieren.

Die Beförderung von »gemäßigten« Gefolgsleuten Putins im Nachgang zum Rücktritt Woloschins läßt das Bemühen des Präsidenten erkennen, die Machtbalance zwischen der »Geheimdienstfraktion« und den »Liberalen« in den obersten Machtzirkeln zu wahren. Allerdings wird die entscheidende Weichenstellung für die zweite Amtszeit Putins erst erfolgen, wenn der neu gewählte Präsident 2004 die neue Regierung bildet.

Rußland weiter auf dem Weg nach Europa?

Während nach offizieller Lesart Rußland nicht nur auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft, sondern auch nach Europa ist, werfen einschlägige Äußerungen selbst hochrangiger Repräsentanten die Frage auf, was genau darunter verstanden wird. So bemerkte der russische Innenminister und Vorsitzende der von der Staatsbürokratie geschaffenen »Partei der Macht« (Einiges Rußland), Boris Gryslow, zum Fall Jukos, daß die Rohstoffunternehmen zwar die Bodenschätze ausbeuten, die Gewinne daraus aber nicht behalten dürften, da diese dem Volk zustünden. Derartige Äußerungen spiegeln einerseits das noch immer begrenzte Verständnis von Teilen der politischen Elite für die Fundamente einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Andererseits fügen sie sich in das Bild eines oberflächlich erstarkenden Rußland ein, das die »romantische Phase« einer vorbehaltlosen Hinwendung zum Westen längst abgeschlossen hat. Der Weg nach Europa wird zwar immer noch proklamiert, aber in die Proklamationen mischen sich zusehends Töne von der Art »Wir können auch anders«.

Rußland beharrt auf seinem »eigenen Weg« und seinen »nationalen Interessen« nicht nur in der Außen- und Militärpolitik,

wo es die GUS-Staaten wieder enger an sich bindet und an seine strategischen Raketestreitkräfte erinnert, sondern auch bei seiner Integration in die Weltwirtschaft. Die Gespräche mit der EU über die Energiecharta kommen nicht voran, und Moskau stellt Sonderbedingungen für den Eintritt in die WTO und bei der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, die fast schon ein Scheitern beider Verhandlungsprozesse vorprogrammieren. Während das vom »Petersburger Juristen« German Gref geleitete russische Wirtschaftsministerium und die gegenwärtige Regierung Kasjanow insgesamt die Integration Rußlands in die Weltwirtschaft voranbringen wollen, finden in der Präsidentschaft zunehmend diejenigen Gehör, die für Rußland einen Sonderstatus beanspruchen und dem Staat eine lenkende Funktion in der Wirtschaft zuweisen wollen.

Noch ist nicht abzusehen, welche längerfristigen Auswirkungen die Jukos-Affäre auf die russische Innenpolitik und auf das Investitionsklima in Rußland haben wird. Zahlreiche russische wie westliche Kommentatoren befürchten, daß mit dem Angriff auf Chodorkowskij und Jukos das Signal für eine umfassende Attacke auf die sich herausbildende Schicht selbständiger Unternehmer gegeben wurde, die sich der Bürokratie nicht unterordnen wollen. Sollte dies tatsächlich der Fall sein und sollte Putin sich einer solchen Attacke nicht entgegenstellen, setzt er den erhofften größeren Zustrom von Investitionskapital nach Rußland aufs Spiel. Damit würde er sein Ziel gefährden, Rußland durch Modernisierung und Wirtschaftswachstum wieder in die Gruppe der industriell entwickelten Staaten einzugliedern, was dem Land als bloßem Rohstoffexporteur nicht gelingen kann. Dies sollte auch dem Kremlchef und seinen Beratern klar sein. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß Putin demnächst zur Deeskalation aufruft. Immerhin hat er bereits seinen Minister für Bodenschätze zurückgepfiffen, der Jukos am liebsten sofort die Förderlizenzen entziehen würde. Ob er es will oder nicht,

Putin wird am Fall Chodorkowskij gemessen werden.

Der Fall Chodorkowskij zeigt, wie schwer sich Rußlands Elite in Regierung und Administration noch damit tut, eine vom Staat getrennte und politisch emanzipierte Gesellschaft zu akzeptieren, zu der auch ein selbständiges, sich in die Politik einmischendes Unternehmertum gehört. Hochrangig besetzte Treffen zum Thema Zivilgesellschaft wie der »Petersburger Dialog« oder russische Kulturtage im Ausland sind für den notwendigen Lernprozeß wenig von Belang. Und verbale Ermahnungen westlicher Politiker rufen in der russischen politischen Klasse eher Verärgerung als Einsicht hervor. Sie sollten denn auch dem Problem Tschetschenien vorbehalten werden, wo die Menschenrechte massiver auf dem Spiel stehen als bei der Inhaftierung eines wohl keine Not leidenden prominenten Wirtschaftsführers.

Renationalisierung des Energiesektors?

Es ist schwer zu akzeptieren, aber wahr: Auch ein autoritäres Rußland, das an der Seite der USA gegen den Terrorismus kämpft und sein Erdöl und Erdgas in den gewünschten Mengen liefert, ist für die westliche Staatengemeinschaft unmittelbar kein Problem, ebensowenig wie es andere, wenig demokratische GUS-Staaten mit entsprechender Rollenverteilung sind. Aber zu Europa gehören wird ein solches Rußland nicht. Und das darf und muß immer wieder gesagt werden.

Erst wenn Rußland seinen Energiesektor überwiegend oder vollständig unter staatliche Kontrolle stellen und seine Energielieferungen politisch instrumentalisieren sollte, wären europäische Interessen direkt berührt. Die bisherige Entwicklung des Falls Chodorkowskij liefert noch kein Indizien dafür, daß eine derartige Wendung vollzogen wird. Doch ist nicht auszuschließen, daß in politischen Kreisen Rußlands auch mit solchen Gedanken gespielt wird. Der wachsende Energieimportbedarf Euro-

pas, der USA und Chinas und die großen unerschlossenen Energieressourcen Rußlands scheinen auf den ersten Blick tatsächlich das Modell einer Energiegroßmacht Rußland mit entsprechendem außenpolitischem Handlungsspielraum nahe-zulegen. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus.

Rußland wird in den kommenden Jahrzehnten große Anstrengungen unternehmen müssen, um in Kooperation mit westlichen Kapitalgebern die Förderung von Erdöl und Erdgas steigern und auf dem erreichten Niveau halten zu können. Gleichzeitig benötigt es moderne Technologien zur Einsparung von Energie, um bei wachsender Wirtschaft und steigendem Binnenverbrauch von Energieträgern bei Öl und Gas überhaupt exportfähig bleiben zu können. Das alles würde durch eine Renationalisierung des Energiesektors in Frage gestellt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364